

Der Neuerer hat Gegner auf allen Seiten. Eine Bilanz

Von Christian Schwarz-Schilling

Als ich die Einladung bekam, hier über die Medienpolitik der Ära Kohl zu sprechen, hat mich das natürlich sehr gefreut, weil sich damit für mich ein ganz wesentlicher Lebensabschnitt verbindet und ich mich lange mit diesem Thema befasst habe. Ich will also gerne darstellen, wie es aus meiner Sicht damals gewesen ist und meine Bilanz ziehen.

Als erstes möchte ich feststellen, dass das, was in den achtziger Jahren an medienpolitischen und medientechnischen Entscheidungen gefällt wurde, sehr sorgfältig in den siebziger Jahren vorbereitet worden war. Diese Entscheidungen wurden nicht rasch aus der Hüfte geschossen, sondern beruhten auf einer langfristig vorbereiteten Strategie, die damit begann, dass Helmut Kohl bestimmte personalpolitische Entscheidungen getroffen und bereits in den siebziger Jahren diesbezüglich programmatische Überlegungen zur Medienpolitik und Informationstechnologie in Gang gesetzt hatte.

Monopol der Deutschen Bundespost

Ich möchte mich zunächst dem Monopol der Deutschen Bundespost zuwenden. Die Bundespost war ein am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts von Heinrich von Stephan sehr weitsichtig geformtes Staatsunternehmen mit einer relativ liberalen Handhabung. Das Fernmeldeanlagengesetz aus dem Jahre 1928 erlaubte z.B., dass Nebenstellen des Telefons von Privaten hergestellt, vertrieben und verkauft wurden.

Das hat dazu geführt, dass wir nach dem Zweiten Weltkrieg in diesem Bereich keinen Rückstand bekamen. Da konnten Siemens, Telefonbau & Normalzeit oder Standard-Elektrik-Lorentz bei den Endkunden ihre Telefon-Nebenstellen ungehindert und im fairen Wettbewerb mit der Post anbieten. Das Entscheidende dabei war, dass die Firmen ihre Innovationsmöglichkeiten so mehr und mehr in den Nebenstellen ausprobieren konnten, weil dort durch die Vermittlungstechnik der technische Fortschritt in der Kommunikationstechnologie praktisch angewandt werden konnte. Dies alles war möglich, weil man 1928 ein sehr weitsichtiges, liberales Fernmeldeanlagegesetz geschaffen hatte und neben dem Monopol fernmeldetechnische Regelungen erlaubt waren, die ein einigermaßen erträgliches Verhältnis zwischen dem privaten Wettbewerb und dem Monopol der Post eingeführt hatte.

Der liberale Geist, der mit den privaten Nebenstellen zu einem wettbewerbsorientierten Markt geführt hatte, fand in den siebziger Jahren in Deutschland keine Fortsetzung mehr. Im Gegenteil: In den siebziger Jahren verstärkte sich nicht nur die Monopolstellung, sondern gleichzeitig fand eine Monopolisierung des Medienmarktes statt und die Anwendung neuer Innovationen geriet damit in die Abhängigkeit staatlicher Genehmigungs- und Erlaubnisszenarien, die den Wettbewerb immer mehr in enge Schranken verwies. Die Kombination von technikfeindlichem Denken und ideologisch-missionarischem Eifern führte zu einer unerhörten Machtfülle der staatlichen Monopole. Diese Kombination brachte das Post- und Fernmeldewesen Deutschlands gegenüber anderen Ländern in den siebziger Jahren mehr und mehr ins Hintertreffen.

Man wollte aber nicht einsehen, dass die Rahmendaten und die notwendigen Voraussetzungen für eine leistungs- und serviceorientierte Bewältigung der Anforderungen mit dem dogmatischen Anspruch des Monopols und seiner rigiden Auslegung einfach nicht mehr gegeben waren. Der Einzug der Mikroelektronik im Geräte- wie im Netzbereich löste einen Innovationsschub aus, dessen Geschwindigkeit alle Erwartungen übertroffen hat. Mit riesigen Schritten musste die Netzkapazität für das Telefon, aber auch für Telefax, Datenverkehr und weitere Dienstleistungen ausgebaut werden. Die notwendigen Investitionsmittel konnten praktisch nur durch eine gewaltige Selbstfinanzierungsleistung, welche durch weit überhöhte Tarife generiert worden war, beschafft werden.

Da sich die Telekommunikation aber immer mehr internationalisierte, war eine autonome Festsetzung der Tarife immer weniger möglich. Lange glaubte man, dass durch die überproportionale Höhe der Ferntarife noch sehr viel Eigenkapital und damit auch eine Selbstfinanzierung der Investitionen aus den laufenden Einnahmen erwirtschaftet werden könnte. Aber es war absehbar, dass diese Zeiten zu Ende gehen würden, sogar früher als auf dem lokalen und regionalen Markt in Deutschland, da im internationalen Bereich der Wettbewerb bereits unaufhaltsam die Szene beherrschte und immer mehr spürbar wurde.

Dennoch zogen die Politiker keinerlei Konsequenzen, um das Eigenkapital aufzustocken, sei es durch Zuweisungen aus Haushaltsmitteln, sei es durch Privatisierung oder sonstige Formen der Kapitalbeschaffung. Ganz im Gegenteil, der Staat hatte selbst seine finanziellen Nöte und betrachtete die Post weiterhin als staatliche Finanzierungsquelle. In den siebziger Jahren wurde die Abgabe an den Staat noch einmal drastisch erhöht, von sechs auf zehn Prozent des Umsatzes, völlig unabhängig von der Produktivität, der Gewinnlage oder der Verlustlage des Unternehmens. Das war eine kameralistische Einstellung, die mit einem im Wettbewerb befindlichen Unternehmen überhaupt nicht mehr in Übereinstimmung zu bringen war. Wir erinnern uns, wie damals der Wettbewerb in den USA durch die Gerichtsentscheidung im Prozess mit der amerikanischen AT&T und IBM vorangetrieben worden ist; wie die British Telecom dann von Margret Thatcher als erste PTT in Europa in eine private Form

überführt worden ist. Doch bei uns wurde nur ein vergeblicher Anlauf zu einer Postreform Anfang der siebziger Jahre unternommen – nach seinem Scheitern tat sich bei uns in dieser Frage nichts mehr.

Die Politisierung des »öffentlich-rechtlichen Rundfunks«

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre spitzte sich die Gesamtsituation mehr und mehr zu. Ich war damals Mitglied des Fernsehrates beim Zweiten Deutschen Fernsehen und Vorsitzender des »Ausschusses für Politik und Zeitgeschehen«. Von daher hatte ich die Aufgabe, die Programme besonders intensiv zu beobachten und Beanstandungen nachzugehen. Im ZDF, so glaube ich zumindest, war damals eine relativ gute »Ausgewogenheit« feststellbar. Da gab es eben noch das »Deutschland-Magazin« auf der einen und »Kennzeichen D« auf der anderen Seite, außerdem »Direkt« oder andere Magazine, wo man sagen konnte, das ist eben das Meinungsspektrum. Diese Feststellung konnte ich für die ARD so nicht treffen. In der ARD war eine ganz klare Linkslastigkeit feststellbar, und es war höchste Zeit, dass sich die Union mit dieser Tendenz auseinander setzte.¹

Neben den personellen Seilschaften wurden immer selbstbewusstere Ideologien im Journalismus sichtbar, die wirklich erstaunliche gesellschaftspolitische Doktrinen zum Vorschein brachten. Dazu ein typisches Beispiel: Dieter Stolte, der spätere ZDF-Intendant, hatte 1976 bei der Formulierung von Zielvorstellungen des Programms für das ZDF die Frage gestellt: »Wo nimmt unsereins das Recht her, das Instrument Fernsehen zu benutzen, um die Gesellschaft nach den eigenen Vorstellungen zu verändern?« Schon diese Fragestellung stieß bei der linken Journalistenseilschaft auf völliges Unverständnis. Peter Christian Hall, damals beim epd-Pressedienst tätig, hatte die Antwort parat: »Das nimmt man her aus dem Bildungs- und Reflexionsvorsprung, den die Programm-Macher vor der großen Mehrheit ihres Publikums haben und vor allem aus der Einsicht in den prozesshaften Charakter eines freiheitlich-demokratischen Gemeinwesens.«²

1 Währenddessen sich die Union mit den grundsätzlichen Fragen der Rundfunkpolitik und mit der immer stärker ideologisierten Situation in der ersten Hälfte der 70er Jahre in Rundfunk und Fernsehen wenig beschäftigt hat und die These »die beste Medienpolitik ist keine« als eine besonders kluge Aussage unterstützte, kam in der zweiten Hälfte der 70er Jahre eine immer kritischere und teilweise sehr scharfe Auseinandersetzung zwischen den Parteien zustande. Besonders hart wurde der Begriff »Ausgewogenheit« umkämpft, der bei einem großen Teil der immer weiter nach links abdriftenden Journalisten als eine völlige Verfehlung der journalistischen Aufgabe betrachtet wurde und dann auch zu entsprechenden Schlussfolgerungen geführt hat. Vgl. »Rundfunk-Proporz als Notwehr« – Rundfunk-Interview mit Christian Schwarz-Schilling, in: *Rheinischer Merkur* vom 25. März 1977.

2 Vgl. »Mit List und mit Leerstellen: respektable Programmkonzeption«, in: *epd/Kirche und Rundfunk* Nr. 26, 3. April 1976 S. 1f.; »Schwarz-Schilling schneidet ein schwieriges Kernproblem an, der Bildungs- und Reflektionsvorsprung der Redakteure – und der mündige Bürger«, in: *epd/Kirche und Rundfunk* Nr. 29, 14. April 1976, S. 18f.

Hier spiegelt sich in nuce die große Auseinandersetzung, die zwischen missionarischen Programm-Machern und dem Publikum in den siebziger Jahren entstanden war. Mir war dabei klar geworden, dass man da, wo einigermaßen »Ausgewogenheit« des Meinungsspektrums herrschte, Meinungsvielfalt hergestellt werden konnte; aber man musste immer höllisch aufpassen, um nicht plötzlich einseitige Tendenzen einreißen zu lassen; da aber, wo redaktionelle Seilschaften bereits etabliert waren, verbunden mit öffentlich-rechtlichem Schutzcharakter für die Dauerbeschäftigung der Journalisten, da war nichts mehr zu korrigieren. Deswegen wurde die Überlegung, es müsse zum öffentlich-rechtlichen System der Wettbewerb privater Programme hinzu kommen, immer aktueller. Das habe ich mir dann, nachdem ich zum medienpolitischen Sprecher der CDU ernannt worden bin, als eine der wichtigsten Zielsetzungen fest vorgenommen. Ich nutzte eine medienpolitische Tagung zu Fragen der Rundfunkfreiheit, um diese Zielsetzung zu verkünden. Diese Rede markierte bis November den Wendepunkt der CDU-Medienpolitik.³

Ich erinnere mich noch, dass Peter Glotz, der medienpolitische Experte der SPD, nach meinem Referat hell empört gewesen ist über diese programmatische Kehrtwendung der Union. Der Titel meiner Rede (»Ist das öffentlich-rechtliche System noch zu retten?«) war zugegebenermaßen (mit Absicht) provokativ gewählt. Peter Glotz hat mir dann auch vorgeworfen, ich hätte mit meinem Vortrag erstmals den medienpolitischen »Verfassungskonsens« zwischen den beiden großen Parteien aufgehoben und beendet. Nun, so gesehen, hatte er vielleicht sogar Recht.

Die neue Medienpolitik der Union

Ich richtete nach Übernahme dieses Amtes des medienpolitischen Sprechers der Union gleich einen »Koordinierungsausschuss der CDU und CSU für Medienpolitik« ein, weil mir natürlich klar war, dass eine Kontroverse zwischen CDU und CSU in der Verfolgung dieses Zukunftsprojektes nicht entstehen dürfe. Wir mussten die neuen Ziele von Anfang an zusammen angehen, vielleicht manchmal getrennt marschieren, aber vereint schlagen. Und deshalb war

³ Christian Schwarz-Schilling: »Ist das öffentlich-rechtliche System zu retten?«. Rede auf der Medienpolitischen Tagung der Evangelischen Akademie Tutzingen vom 26.–28. November 1976. Manuskript. Die Rede wurde in leicht abgewandelter Form veröffentlicht: in *Bertelsmann Briefe*, Nr. 91, 1977, »Rundfunksystem in der Krise – Medienpolitische Anmerkungen zur Situation der öffentlich-rechtlichen Anstalten«, (S. 3–8).

Das Thema löste zwischen Parteien, Journalisten, Politikern und Wissenschaftlern heftige Kontroversen aus. Günter EDERER: »Eine alltägliche Geschichte – Eine kritische Stellungnahme zu Christian Schwarz-Schilling: Rundfunksystem in der Krise« *Bertelsmann Briefe*, Nr. 93, 1978, S. 27–32.

Stellungnahmen von: Gerd BUCERIUS »Eine alltägliche Geschichte«, Ebd. (Nr. 94, 1978) S. 19; Wolfgang FISCHER: »Parteieneinfluss auf Rundfunk- und Fernsehsender«, Ebd. S. 20f.

es auch notwendig, die gerade zwei Jahre vorher unter der Leitung von Friedrich Zimmermann aufgestellten medienpolitischen Leitsätze der beiden Parteien schnellstens zu überarbeiten, denn bei diesen Leitsätzen war die öffentlich-rechtliche Struktur auch von der Union als Dogma festgeschrieben worden. Und das passte natürlich überhaupt nicht in das neue Konzept, von dem ich hier spreche.⁴

Da ich Mitglied der Grundsatzprogramm-Kommission der CDU war, die unter der Leitung von Richard von Weizsäcker stand, haben wir in unseren Programm-Beratungen die Ziffer 123 eingefügt, welche die Wende in der Medienpolitik deutlich signalisierte. In diesem neuen Grundsatzprogramm der CDU, welches im Oktober 1978 beschlossen worden ist, lautet der Text des Paragraphen 123 wie folgt:

»Einer freien Gesellschaft entspricht die Pluralität der Medien. Unabhängigkeit und Vielfalt der freien Presse sind zu sichern. Öffentlich-rechtliche Rundfunk- und Fernsehanstalten sind in besonderer Weise der Informationsvermittlung und Meinungsvielfalt verpflichtet. Die Ausstrahlung weiterer Hörfunk- und Fernsehprogramme durch andere Veranstalter – auch durch Gesellschaften des privaten Rechts – soll möglich sein. Neue Technologien dürfen nicht dazu benutzt werden, durch Beschränkung des Zugangs bestehende Medienstrukturen zu bevorzugen. Durch Vermehrung des Angebots an Information, Meinung, Bildung und Unterhaltung haben sie in erster Linie dem Bürger zu dienen. Die freiheitliche Gestaltung der Medien und der Zugang zu allen Informationen sind unentbehrlich für die Erhaltung des demokratischen Staates. Sie ermöglichen die Bildung einer öffentlichen Meinung und die wirksame Kontrolle der staatlichen Macht.«⁵

Nur einen Monat später startete die Union am 07. und 08. November 1978 mit einem »Medientag« in Bonn die politische Kampagne für eine neue Medienordnung. Der Koordinierungsausschuss für Medienpolitik der CDU/CSU hatte 10 Thesen vorbereitet, die auf dem Medientag durch Reden von Heiner

4 Die Leitsätze wurden von der CDU/CSU-Medienkommission erarbeitet und etwa Mitte 1976 von den Präsidien und Vorständen der CDU und CSU verabschiedet und unter dem Titel »Freiheitliche Medienpolitik« von der Bundesgeschäftsstelle veröffentlicht (August 1976). Zwar sind in diesen Leitsätzen auch bereits weiterführende Gedanken enthalten, etwa, »dass die Monopolstellung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten eine ständige Überprüfung der Vereinbarung mit Artikel 5 des Grundgesetzes notwendig machen«. Auch wird darauf hingewiesen, dass neue technische Kommunikationsmittel eine »Neudefinition des Rundfunksbegriffes notwendig machen«. Aber betreffend der öffentlich-rechtlichen Anstalten entscheidend war die Aussage: »Die öffentlich-rechtliche Struktur soll Grundlage der Organisation von Hörfunk und Fernsehen bleiben. Wenn die technische Entwicklung eine Vielzahl lokaler und regionaler Programme ermöglicht, sind die Voraussetzungen für andere Organisationsformen zu prüfen.« Hier war also dringend eine Überarbeitung der Grundsatzposition der Unionsparteien erforderlich.

5 Diese Ziffer wurde auf dem 26. Bundesparteitag in Ludwigshafen, 23.–25. Oktober 1978, im Rahmen der Verabschiedung des Grundsatzprogramms beschlossen.

Geißler, Helmut Kohl, Friederich Zimmermann und mir erläutert und beraten bzw. beschlossen worden sind.⁶ Die politische Wirkung und das Presse-Echo auf diesen Medientag waren überwältigend.⁷ So kam es, dass die Medienpolitik zu einem heiß umkämpften Feld geworden ist, eigentlich in allen Bereichen der Gesellschaft. Es gab hier auch innerhalb der unionsnahen Kreise sehr differenzierte Stellungnahmen und Positionen. Insbesondere der Intendant des Süddeutschen Rundfunks, Hans Bausch, bekämpfte die Unionspolitik nach Kräften, konnte allerdings den Kurs der Union nicht mehr beeinflussen.⁸ Die Parteiführungen von CDU und CSU, die Fachgremien für Medienpolitik und die Fraktionen in den Ländern und im Bund hatten sich eine einheitliche Position erarbeitet und ihre Beschlüsse gefasst. Jetzt fehlte nur noch die Umsetzung. Diese Umsetzung erfolgte dann mit Beginn der 80er Jahre während der Regierungszeit von Helmut Kohl.

Der politische Kampf um neue Kommunikationstechnologien –
Kabel und Satellit, Kupfer und Glasfaser

Ich habe bereits am 4. Juli 1978 der Öffentlichkeit ein Memorandum übergeben, in welchem ich darauf hingewiesen habe, dass Kabel und Satellit die Medienlandschaft der Zukunft von Grund auf ändern werden.⁹

Nach der Regierungsübernahme durch Helmut Kohl als Bundeskanzler und meiner Ernennung zum Minister für Post- und Fernmeldewesen widmete ich mich vor allen Dingen zunächst den technischen Aufgaben, da wir auf fast allen Gebieten in der Gefahr waren, in einen unaufholbaren Rückstand zu

6 Der Paragraph 123 des Grundsatzprogramms konnte nur in kurzen Zügen die Wende in der Medienpolitik der Union beschreiben. Auf diesem Medientag in Bonn am 7./8. November 1978 wurde zum ersten Mal durch die zehn Leitsätze, die vom Koordinierungsausschuss sorgfältig vorbereitet worden sind, die umfassende Konzeption der Öffentlichkeit vorgestellt. Durch die Beteiligung des Bundesvorsitzenden Helmut Kohl und seines damaligen Generalsekretärs, sowie von Friedrich Zimmermann war sowohl die einheitliche Stoßrichtung beider Unionsparteien deutlich geworden, als auch die Priorität, die die Medienpolitik künftig bei der Union einnehmen würde.

7 Vgl. die Berichte und Kommentare zum Medientag der CDU/CSU in Bonn, 7./8. November 1978, Presseauschnittsammlung der CDU-Bundesgeschäftsstelle.

8 Hans BAUSCH: »*Rundfunk in Deutschland*« schildert ausführlich in fünf Bänden die historische Entwicklung des Rundfunks in Deutschland. Hier beschreibt er auch die Position als Intendant des öffentlich-rechtlichen Rundfunks; Band 4, *Rundfunkpolitik nach 1945*, Zweiter Teil, München 1980, S. 879ff., S. 988ff. Die verschiedenen Positionen kamen auch sehr gut in einem »Spiegel«-Gespräch zum Ausdruck: »*Bonn blockiert 30 Fernseh-Programme*«, in: *Der Spiegel*, Nr. 7/1980, S. 35ff.

9 »*Kabel und Satelliten werden die Medienlandschaft verändern: Eine pragmatische Antwort auf eine herausfordernde Problemstellung*« in: *epd/Kirche und Rundfunk* Nr. 51, 8. Juli 1978, S. 1ff.

geraten.¹⁰ Diese technischen Möglichkeiten waren auch eine Voraussetzung, um die Ziele unserer Medienpolitik in die Tat umzusetzen. Es war geradezu ein Glücksfall, dass wir in dieser Zeit über solche technischen Möglichkeiten verfügten. Man musste sie nur ergreifen, um die verfassungsrechtliche Festschreibung des öffentlich-rechtlichen Monopols aufzulockern und beenden zu können. Denn die Knappheit der Frequenzen war ja der verfassungsrechtliche Grund, warum das Bundesverfassungsgericht in Deutschland Rundfunk und Fernsehen in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft mit entsprechender »Binnenpluralität« und mit dem Ausgewogenheitsgebot *jeweils in einem Sender* festgelegt hat. Gibt es nun mehr Frequenzen, dann kann die Binnenpluralität durch die sehr viel besser funktionierende »Außenpluralität« d.h. also durch Wettbewerb ersetzt werden, und die Sonderstellung der elektronischen Medien mit ihrem öffentlich-rechtlichen Charakter verliert ihre juristische Grundlage.

Noch 1 ½ Jahre vor der Regierungsübernahme kam es zu einer folgeschweren Entscheidung im Deutschen Bundestag: Weil die SPD unbedingt den Vorsitz der »Enquete-Kommission Energiepolitik« haben wollte, musste eine weitere »Enquete-Kommission« im Deutschen Bundestag gebildet werden, auf die dann die Union den Zugriff hatte. Diese Kommission hieß: »Enquete-Kommission Informations- und Kommunikationstechnologien (IuK-Technologien)«. Ich hatte mich gegen diese Kommission gewendet, weil sie mir nur als ein Mittel erschien, um die überfälligen Entscheidungen für die Fortentwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien in Deutschland aufzuhalten. Aber es half nichts: die Enquete-Kommission wurde eingerichtet und der damalige Hauptgeschäftsführer der CDU/CSU Bundestagsfraktion, Philipp Jenninger, bat mich darum, den Vorsitz zu übernehmen. So wurde ich, der diese Kommission bekämpft hatte, ihr Vorsitzender; ich überlegte natürlich wie diese Kommission dennoch dem Fortschritt in der Entwicklung der IuK-Technologien dienstbar gemacht werden könne. Es hatte ja auch den Vorteil, dass ich zusammen mit den SPD-Kollegen des Bundestages in alle Welt reiste, was uns nach Kanada, nach Japan, nach Australien und Neuseeland sowie andere europäische Länder geführt hat, und wo wir dann gemeinsam Erfahrungen sammeln konnten. So bekamen wir in großer Geschwindigkeit einen hervorragenden Überblick über die Situation der IuK-Technologien, der Medien und den jeweiligen Stand der Technik.

So gab es auch in dieser Enquete-Kommission einen Lernprozess, der sich auf alle Fraktionen – mit Ausnahme der Grünen – erstreckte und der dann

¹⁰ Vgl. Christian SCHWARZ-SCHILLING, *Eine überfällige Reform in der Bewährung*, in: *Post und Telekommunikation – eine Bilanz nach zehn Jahren Reform*, hg. von Lutz Michael BÜCHNER, Heidelberg 1999, S. 87–148, bes. S. 93ff.

auch noch zu einem ganz brauchbaren »Zwischenbericht« geführt hat.¹¹ Den endgültigen Bericht musste ich nicht mehr zu Ende schreiben, denn im Oktober 1982 kam der Regierungswechsel von Helmut Schmidt zu Helmut Kohl. Ich wurde Minister für Post- und Fernmeldewesen und konnte auf diese Weise unsere neuesten Erkenntnisse als Zukunftsprogramm in die Maschinerie der Bundespost einspeisen. Wie in einem Crash-Kurs war ich auf diese Aufgabe durch die Enquete-Kommission vorbereitet worden. Ob man von sozialdemokratischer Seite die Enquete-Kommission, wenn man das vorausgeahnt hätte, tatsächlich geschaffen hätte, weiß ich nicht. Aber so ist es nun einmal gelaufen!

Und jetzt kam die Frage: Welche Entscheidungen treffen wir im Hinblick auf die Bundespost?¹² Die strategische Zielsetzung für eine Neuordnung des Medienmarktes war klar, die Beschlüsse innerhalb der CDU/CSU waren alle gefasst, die aktuellen Ergebnisse der Enquete-Kommission waren bekannt und unser Koalitionspartner, die FDP machte keine Schwierigkeiten, sondern schwenkte auf die neuen Zielvorstellungen der Union ein. Bereits im Dezember 1982 führte ich einen Beschluss des Verwaltungsrates der Deutschen Bundespost herbei, der das Volumen für die Verkabelung in der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1983 von 250 Millionen auf eine Milliarde D-Mark erhöhte. Wir hatten gerade einmal knapp 2 Prozent verkabelte Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland, während unsere Nachbarländer Belgien, Holland u.a. schon bei rund 60 bis 80 Prozent lagen. Es war eine riskante technologische Wettlaufsituation: wir hatten noch keine Fernmeldesatelliten zur Programmeinspeisung in Kabelnetze – wie etwa in den USA –, währenddessen zwei Direktsatelliten bereits mit den Franzosen zusammen im Bau waren (TV-Sat und TDF 1), die als sogenannte »direkt strahlende« Satelliten nicht gedacht waren zur Einspeisung in Kabelnetze; aber was die Programmhoheit anging, standen sie als »direkt strahlende Rundfunksatelliten« unter der Verantwortung der Länder. Uns war klar, dass, wenn wir nicht sehr schnell einen großen Teil der Kabelinfrastruktur und die dazu notwendigen Fernmeldesatelliten zur Programmeinspeisung schaffen würden, diese Alternative einfach verloren ginge. Hinzu kam, dass wir auch über die Direktsatelliten die Frequenzknappheit beibehielten, da diese Direktsatelliten allenfalls 4–5 Fernsehprogramme abstrahlen konnten und diese in der Programmerrlaubnis ausschließlich den Ländern unterstanden. Wenn wir uns auf diesen Weg begeben

¹¹ Zwischenbericht der Enquete-Kommission »*Neue Informations- und Kommunikationstechniken*«, Bundestagsdrucksache 9/2442 vom 28. März 1983.

¹² Jeder – auch nur etwas – Eingeweihte wusste, dass die Bundespost auch für die Medienentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland eine wichtige, wenn nicht überhaupt zum damaligen Zeitpunkt die wichtigste Rolle spielt. In einer Postpressekonferenz am 4. Juli 1978, habe ich unter dem Thema »*Neue Medientechnologien und Bundespost*« dazu Stellung genommen.

hätten, dann hätten wir eine große Chance für die Infrastruktur und die Neuordnung des Medienmarktes in der Bundesrepublik Deutschland vertan. Und genau das war die Absicht der SPD: Durch Einführung des Rundfunksatelliten mit seinen vier bis fünf Kanälen und der Behinderung der Verkabelung (vergleiche »Kabelstopp durch Kabinettsbeschluss« im September 1979) sollte die Frequenzknappheit und damit das öffentlich-rechtliche Monopol erhalten bleiben. So ist es im Übrigen dann auch in Frankreich gelaufen, wo man sich ganz auf die Direktsatelliten verlassen hatte und in der Verkabelung – weil man eine falsche Weichenstellung auf die Glasfasertechnik vorgenommen hatte – gescheitert war.

In der damaligen politischen Diskussion war plötzlich die Frage »Kupfer oder Glas« eine hoch sensible Auseinandersetzung, die der SPD als ein zusätzliches Argument erschien, die Verkabelung zu torpedieren oder wenigstens zu verzögern. Als SPD-Politiker etwas über Glasfaser und Kupfer hörten, hieß es plötzlich mit Emphase, es sei total falsch, die Bundesrepublik zu verkabeln, denn zunächst müsste man erst einmal großflächig die Glasfaser einführen, denn das sei die moderne Technik von morgen. Erst dann dürfe man an die Verkabelung zum Aufbau der Netze für die Programmverteilung herangehen.

Auf ihrem Essener Parteitag hat die SPD dann folgendes beschlossen:

»Die SPD wird sich in der Zukunft genauso konsequent wie in der Vergangenheit gegen diese ausschließlich medienpolitisch motivierte Verkabelungshysterie zur Wehr setzen und gegen die technologisch und sozial unverantwortliche Subventionspolitik für eine zusätzliche Kupferverkabelung, die schon mittelfristig scheitern muss, in den Kommunen, in den Ländern und im Bund angehen. Sozialdemokraten in landes- wie kommunalpolitischer Verantwortung werden alle ihnen zur Verfügung stehenden rechtlichen und politischen Mittel einsetzen, um die derzeitige Verkabelungspolitik des Bundesministeriums zu stoppen. Den »großzügigen« Angeboten gegenüber den Gemeinden bzw. den »Lockpreisen« für die Bürger werden bei der zu erwartenden geringen Anschlussdichte alsbald Forderungen an die Gemeinden nach einer Beteiligung an den Subventionen und Gebührenerhöhungen gegenüber dem Bürger folgen.«¹³

Das war nun eine ziemlich heftige Kampfansage, die wir allerdings nachher ganz gut überstanden haben. Und auch die Auseinandersetzung zwischen Ka-

13 Siehe SPD-Parteitag 17.–21. Mai 1984, Antrag 769, Protokoll S. 835.

bel und Kupfer haben wir am Ende gut überstanden und hatten hier auf das richtige Pferd gesetzt.¹⁴

Ich möchte an dieser Stelle erinnern, dass wir noch heute in der sogenannten vierten Netzebene, dort wo die Wohnungen verkabelt werden, normalerweise nicht mit Glasfaser verkabeln. Damals wäre das pro Wohnung auf etwa 20.000 bis 25.000 D-Mark gekommen. Wir hätten mit einem so hohen Preis einen Massenmarkt nie schaffen können. Bei der Kupferverteilterchnik kostete uns die Verkabelung einer Wohnung zwischen 250,- und 800,- D-Mark und ich habe oft genug meinen französischen Kollegen davor gewarnt, in der vierten Netzebene auf die Glasfaser zu setzen. Aber er blieb dabei und so hatte er zwar zwei sehr elegante Netze in Pilotprojekten errichtet, nämlich in Biarritz und Paris mit je ein paar hundert Anschlüssen. Aber dabei ist es dann auch geblieben, weil es einfach zu teuer war, in diesem Stil weiter auszubauen. Wir hatten in Deutschland mit unserer Entscheidung sehr bald 4 Millionen, 8 Millionen, 9 Millionen Verkabelungsanschlüsse geschaffen und bis zu meinem Ausscheiden aus dem Amt waren immerhin etwa 60 Prozent aller Haushalte in der Lage, sich ans Kabel anzuschließen.

In der ersten Legislaturperiode der Regierung Helmut Kohl haben wir uns zunächst einmal die technische Aufholjagd vorgenommen, denn für die Reform der Bundespost, die ja Voraussetzung auch für Vielfalt auf dem gesamten Gebiet der Telekommunikation war, war die Zeit noch nicht reif gewesen. Reformen müssen sehr gut vorbereitet sein und deshalb setzte ich im Jahr 1984 erst einmal eine Regierungskommission für die Reformierung unseres Telekommunikationsmarktes und der Bundespost ein, die unter der sachkundigen und politisch geschickten Leitung von Prof. Eberhard Witte stand. Die Vorschläge dieser Kommission legten den Grundstein für die spätere Postreform.

Die Union hatte am 27. und 28. Februar 1985 in Mainz einen weiteren großen Medienkongress abgehalten, der die programmatische Position der Union noch einmal unterstrich und die Entschlossenheit der Union zum Ausdruck brachte, auf dem Weg, der in der zweiten Hälfte der 70er Jahre eingeschlagen

14 Obwohl die Deutsche Bundespost für 16 Städte der Bundesrepublik Deutschland alle Planungen zum Ausbau von Kabelnetzen vorbereitet hatte, wurde ihr durch Kabinettsbeschluss vom 26. September 1979 dieser Ausbau verboten. Die fadenscheinige Begründung lautete, dass Grundentscheidungen »gegenwärtig mit Rücksicht auf Komplexität und Schwierigkeit der Problematik und ihre noch unzureichende politisch-geistige Durchdringung noch nicht getroffen werden können«, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 121/S.1125, 10. Oktober 1979. Ich als Vorsitzender des Koordinierungsausschusses »Medienpolitik der CDU und CSU« habe im DUD Nr. 188, S. 1–3 die medienpolitischen Beschlüsse der Bundesregierung entsprechend kommentiert. Die Union hat sich von den Anwürfen und auch den Unterstellungen, dass das Angebot der Verkabelung seitens der Deutschen Bundespost unseriös ist, nicht beirren lassen.

worden war, konsequent fortzufahren. Der Kongress mit Beiträgen von Bundeskanzler Helmut Kohl, Ministerpräsident Franz-Josef Strauß, Werner Remmers, dem Vorsitzenden des Koordinierungsausschusses für Medienpolitik der CDU und CSU, wie von Ministerpräsident Bernhard Vogel, von Staatssekretär Edmund Stoiber und auch vom Bundesminister des Inneren Friedrich Zimmermann und dem Bundesminister für Post- und Telekommunikation, Christian Schwarz-Schilling fand ein noch größeres Medienecho als der Kongress 1978. Die Auseinandersetzung über die Medien war nun wirklich auch beim Normalbürger angekommen und wurde zu einem Thema, was praktisch nicht mehr aufgehalten werden konnte.¹⁵

Die technische Aufholjagd startete sofort

Die technische Aufholjagd musste sofort und auf sehr breiter Grundlage vorgenommen werden, da wir auf vielen Gebieten im Rückstand waren und keine Zeit zu verlieren war. Ein Generalthema war die Digitalisierung sowohl im Bereich der Vermittlungstechnik, wie auch im Bereich der Endgeräte. Die Revolution der Mikroelektronik hatte eine ganz besondere Eigenart: Durch den Übergang von der Analog- zur Digitaltechnik in den Vermittlungsstellen wurden die bereits getätigten Hardware-Investitionen der Netze plötzlich um ein Vielfaches angereichert. Durch die gleichen Leitungen bis hin zum doppelgliedrigen Kupferdraht am Telefon flossen auf einmal zehnfache Geschwindigkeiten oder ein Vielfaches der bisherigen Qualitätsanforderungen. So eine Erfindung gibt es in der Geschichte der Technologie selten: dass bereits getätigte Hardware-Investitionen nicht obsolet, sondern im Gegenteil durch eine quantitative und qualitative Volumensanreicherung sehr viel kostengünstiger werden und in der Lage sind, ein weitaus höheres Verkehrsvolumen als bisher zu bewältigen. Dadurch entstand mit einem Schlag auch eine völlig neue Lage zur Entwicklung und Marktgängigkeit von Endgeräten, an die man bisher noch gar nicht gedacht hatte. Diese mikroelektronische Revolution hat mehrere Komponenten, die sich auf die einzelnen Dienstleistungen der Bundespost direkt ausgewirkt haben.

Wir haben die Glasfaser natürlich sofort eingeführt – dort, wo sie technisch sinnvoll war und auch preislich bereits Vorteile geboten hat. Obwohl gerade auch von der SPD sehr viel von der Glasfaser geredet wurde: Bis Ende 1982 hatte die Bundespost noch nicht einen einzigen Meter verlegt, obwohl in Amerika bereits die Glasfaserproduktion auf vollen Touren lief. Ich hatte dann 1983 sofort die ersten 100.000 Glasfaserkilometer bestellt und in den folgenden Jahren wurde sie mehr und mehr eingesetzt, sowohl für die dritte Netzebene im

¹⁵ *Medien von Morgen* – verabschiedet vom Koordinierungsausschuss für Medienpolitik der CDU/CSU am 5. Oktober 1984, hg. von der CDU-Bundesgeschäftsstelle (1985)

Fernsehkabelnetz, wie im Telefonnetz bei größeren Kapazitätserweiterungen. So gewannen wir rasch den Anschluss zurück.

Wir haben Btx eingeführt, den Vorläufer des heutigen T-Online, damals mit erheblichen Kämpfen. Da wurden falsche Voraussagen gemacht, dass wir innerhalb von zwei bis drei Jahren 800.000 Teilnehmer bekommen würden. Diese Studie, die uns die Firma Diebold angefertigt hatte, sprach in den nächsten zwei Jahren von 800.000 Teilnehmern. Die Ist-Zahlen waren dann kaum bei 10–20 % dieser Zahlen und natürlich brach ein Sturm der Entrüstung aus, als man die große Diskrepanz zwischen Voraussagen und Wirklichkeit festgestellt hatte. Wir haben uns aber mit Erfolg dagegen gewehrt, den Dienst einzustellen, obwohl manches großes Unternehmen damals seine Btx-Seiten wieder zurückgezogen hatte. Ich habe mich gegen diesen Pessimismus gewehrt und so blieb die Bundespost auch eisern bei der Einführung von Btx dabei. Und nur dadurch, dass wir dabeigeblichen sind, ist heute T-Online das größte Online-Netz, das es in Europa überhaupt gibt.

Wir haben das Fax eingeführt. Gott sei Dank ging das schneller, wenn auch mit Hindernissen. Ich habe die deutschen Unternehmen damals darauf hingewiesen, sie sollten schnell Faxgeräte bauen. Aber nein, wir mussten sie aus Japan bestellen, weil man in Deutschland nicht rechtzeitig an das Fax geglaubt hat.

Ähnlich verhielt es sich mit den schnurlosen Telefonen. Als ich fragte, wie viel Strafgeld jemand bezahlen muss, der ein sogenanntes »Hongkong«- oder »Singapur«-Telefon in Deutschland betreibt, ja was er denn machen müsse, um sich legal zu verhalten, da sagte man mir: »Er darf das zwar kaufen, aber er darf es nicht in Verkehr bringen in Deutschland.« Ja wozu sollte man es denn dann in Deutschland kaufen? Für den Reexport nach Ostasien oder warum? »Nein, der Betrieb hier ist verboten, das geht nicht.« Warum ist es verboten? »Ja, weil wir technische Schwierigkeiten bekommen, wenn mehrere Geräte nahe beieinander betrieben werden und die Telefonbenutzer sich gegenseitig Gespräche abhören können und auch, was die Berechnung der Gespräche angeht, Fehler vorkommen, weil die Geräte eben nicht unseren Normen entsprechen. Ich sagte, das sei ja alles furchtbar, aber dann möchte man doch dafür sorgen, dass es auch in Deutschland ein Angebot gibt, wo das alles nicht als Nachteil zu vermelden ist, so dass der, der sich legal verhält, auch tatsächlich ein Angebot und einen Service bekommt. Es könnte ja sein, dass auch in Deutschland jemand im Garten oder auf dem Balkon telefonieren möchte. Dabei wurde mir dann noch ein großer Schrecken eingejagt, dass ein solches in Deutschland konstruiertes und gefertigtes Gerät mehrere hundert D-Mark kosten würde, während Geräte aus Asien nur 60 D-Mark kosteten. Ich sagte: Dann fangen wir eben mit den paar hundert Mark an. Wir werden sehen, wie der Markt reagiert.

Es war dann eine relativ kleine mittelständische Firma, die Firma Hagenuk aus Kiel, die ein solches Gerät auf Anforderung am schnellsten liefern konnte. Schon nach drei, vier Jahren hatten wir rund vier bis fünf Millionen schnurlose Telefone im Verkehr, die natürlich teurer waren als die Hongkong- oder Singapur-Geräte. Aber sie entsprachen den Serviceanforderungen und erfüllten die fernmeldeanlagetechnischen Vorschriften, sodass auf diese Weise in Deutschland ein »erlaubtes« Angebot gegeben war und man nunmehr auch in Deutschland »schnurlos« telefonieren durfte. Natürlich sanken dann bei zunehmenden Stückzahlen auch durch verschiedene Konkurrenzfirmen die Preise.

Dann kam etwas ganz Wichtiges: die Mobiltelefontechnik. Sie war bei uns genauso veraltet wie manche andere Dinge. Als ich das Ministerium übernahm, hatten wir noch das B-Netz. Wer ein Autotelefon gekauft hatte, der hatte in seinem Auto, meistens im Kofferraum, einen großen Kasten und telefonierte, wie man damals telefonieren konnte – technisch gar nicht schlecht. Auf meine Frage, wie lange dieses Netz reichen würde – denn wir hatten 23.000 Teilnehmer – erhielt ich die Antwort: »Ja, das reicht bis 25.000 Teilnehmer.« Also war sofort plausibel, dass wir bald am Ende unserer Kapazität waren. Darauf wurde mir gesagt: »Nein, wir müssen dann nur die Tarife entsprechend erhöhen, dann zieht sich der Zeitraum, bis 25.000 Apparate erreicht oder gar überschritten werden, ganz lange hinaus und dann können wir noch drei, vier Jahre warten.« Das war so richtig die Mentalität des Monopolisten: Hohe Preise machen, damit die Nachfrage abgebremst wird! Ich bemühte mich, klar zu machen, dass dieses fortan nicht unsere Politik sein kann!

Wir haben das natürlich geändert, haben sehr schnell das C-Netz in Gang gesetzt und uns dann gleich auf die Digitaltechnik des D-Netzes gestürzt. Es war nicht ganz einfach, die Franzosen davon zu überzeugen, und wir haben eine Arbeitsgruppe beider Ministerien gebildet; sie erhielt den Namen »Groupe speciale mobil« (GSM). GSM wurde dann später, nachdem wir die sehr schwierigen Normungsfragen europaweit durchgestanden und durchgesetzt hatten, zu »Global System Mobile«, so wie es eben heute verstanden wird. Aber diese deutsch-französische Arbeitsgruppe war letztlich der Ursprung auch zu dem Kürzel GSM. Und ich glaube, ich muss ihnen nicht erklären, dass unsere digitale Mobilfunktechnologie vielleicht neben dem »Airbus« eine der erfolgreichsten europäischen Technologien ist, die weltweit heute Hunderte von Millionen von Teilnehmern hat und die in rund 200 Ländern außerhalb Europas praktiziert wird.

Nur zwei große Länder haben sich damals verschlossen, die USA und Japan, die den Europäern das wohl nicht zugetraut haben. Man nennt das den sogenannten NIH-Faktor – »Not invented here«. Dass aus Europa etwas technisch so Modernes kommen könnte, das glaubten weder die Japaner noch die Ame-

rikaner. Beide sind auf diese Weise weit ins Hintertreffen geraten und holen jetzt erst durch die neue Generation (»UMTS«) wohl ihren Rückstand auf. Dabei haben wir in Deutschland uns besonders ins Knie geschossen, weil wir eine so riesige Lizenzlast auf diese neue Generation gewälzt haben, dass kaum einer in der Lage ist, die Netzinvestitionen zu finanzieren oder gar rechtzeitig, wie vereinbart, mit dem Service zu beginnen.

Die »Postreform« nimmt Gestalt an – die IuK-Technologien verändern unsere Kommunikations- und Medienwelt

Wir haben also in der ersten Legislaturperiode die Entscheidungsschlachten für die technischen Innovationen geführt und neue Technologien eingeführt. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre haben wir die Implementierung der strategischen Überlegungen für die Postreform in Gang gesetzt durch eine ganz wichtige Entscheidung. Da war einmal die Regierungskommission unter Leitung von Professor Eberhard Witte, der schon früher einmal der Leiter der sogenannten »KtK« (Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems) gewesen ist. Dabei war gerade Eberhard Witte ein Glücksfall für uns alle: Witte ist einer der wenigen deutschen technisch und politisch beschlagenen Professoren – Entschuldigung, wenn ich das so frei sage –, deren Wettbewerbseinstellung nicht so pur war, dass seine Vorschläge gleich der Ablehnung unter den aktiven Politikern verfallen wäre; sondern er machte pragmatische Vorschläge, die tatsächlich auch politisch durchsetzbar waren. Diese Art von Kompromissfähigkeit, ohne das Prinzip aufzugeben, gibt es sehr selten. Er hat deshalb von Wirtschaftsminister Müller 2001 zu Recht die Heinrich von Stephan-Medaille bekommen. Ich habe mit voller Überzeugung dem Wirtschaftsminister bei der Verleihungsrede gesagt, dass ich das für die beste Entscheidung halte, die ich bisher von ihm gehört habe.

Kommen wir noch zu einem anderen wichtigen Punkt, nämlich der Zusammenarbeit mit den Ländern. Diese Zusammenarbeit wurde enorm behindert durch die Auseinandersetzung zwischen den sogenannten »A-Ländern« (SPD-gefärbt) und »B-Ländern« (christlich-demokratisch gefärbt). Jahrelange Verzögerungen mit der Folge schlimmer Auswirkungen für die technische Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands waren die Folge. Man denke nur an die Kämpfe um die Standorte von Programmanbietern, wenn sie terrestrische Frequenzen wollten oder man denke an die Satellitenkanäle für die Einführung des Satellitenrundfunks, der letztlich aufgrund der Verzögerungen und der Unkalkulierbarkeit der Zukunft in Deutschland trotz technisch hervorragende Qualität nicht Fuß fassen konnte. Da braucht man sich nicht wundern, wenn man Tricks benutzt, um ein Stück voranzukommen. Da kann ich heute darüber schmunzeln, wie ich mit Claus Detjen, dem Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Zeitungsverleger und dann später Geschäftsfüh-

rer des Pilotprojektes Ludwigshafen, eine Art Geheimbündnis geschlossen habe, um die Satelliteneinspeisung auf den Weg zu bringen. Wir haben uns das mit dem Pilotprojekt in Ludwigshafen/Mannheim genau überlegt und sind, so glaube ich, auf eine sehr gute Idee gekommen: Durch die Ländergenehmigung für das Pilotprojekt konnte nun endlich unser Fernmeldesatellit dazu benutzt werden, die verschiedenen Programme, auch private Produktionen, die legaliter für das Pilotprojekt produziert worden sind, in die Kabelnetze einzuspeisen. Diese Programme waren zwar für das Pilotprojekt vorgesehen, konnten aber technisch durch die Satellitenübertragung nicht auf das Pilotprojekt begrenzt werden; und so waren plötzlich die dritten Programme und auch private Programme, wie sie für das Pilotprojekt produziert worden sind, bundesweit empfangbar. So konnten auch Bundesländer, die die Verkabelung und Programmheranführung wollten, wie z. B. Niedersachsen, der Bundespost die Genehmigung geben, das Mehr an Angeboten auch in ihre Kabelnetze einzuspeisen, was sonst praktisch aufgrund der einheitlichen Länderbeschlüsse überhaupt nicht möglich war. So ist mit einem Schläge etwas gelungen, was die ablehnenden Länder dann nicht mehr aufhalten konnten. Dass wir nämlich Länder hatten, die die Vielfalt wollten und neue Programme einspeisen ließen und andere, die das unbedingt verhindern wollten, war nun einmal politische Realität. Jetzt waren es die Länder selbst, die nur noch über ihre eigene Landschaft entscheiden konnten, aber keine Kollektivblockade mehr ausüben konnten. Die Bundespost konnte, sagen wir, die Investitionen etwas abbremsen und reduzieren dort, wo man die Programmeinspeisung nicht zuließ, zumal wir ja keine Möglichkeit hatten, dann dem Endkunden ein entsprechendes Angebot zu unterbreiten. Dadurch entstand ein Wettlauf der Länder, sich nun doch ans Kabel anzuschließen und den Städten und Gemeinden entsprechende Genehmigungen zu geben. In diesem Kampf sind übrigens die Länder Bremen und Saarland verbissen die Schlusslichter geblieben. Aber auch da half es nichts, die Bevölkerung hatte es satt, zu ihren Verwandten oder Freunden in andere Bundesländer zu fahren, um bestimmte Sendungen sehen zu können, z.B. Fußball. So kam die ganze Situation ins Rollen, und die Länder haben dann am Ende unsere Politik unterstützt, weil die Bevölkerung die Blockadepolitik nicht mehr wollte und ganz simpel mehr Programme forderte.

So haben wir immerhin eine ganze Menge erreicht und haben dann das duale System eingeführt. Wir haben da nicht CDU-Sender geschaffen. Das war auch in meinen Augen nie der Sinn der Sache. Aber wir haben die Entautorisierung bestimmter öffentlich-rechtlicher Anstalten durchziehen können und die Außenpluralität wurde entschlossen in Gang gesetzt. Damit war zum ersten Mal eine Wettbewerbssituation nach dem Ende des zweiten Weltkrieges wieder geschaffen worden.

Es war von nun an nicht mehr so, dass man am nächsten Morgen im Betrieb am Produktionsband nur *über eine Sache* sprach: was in der Tagesschau, an-

schließend in Kommentaren und dann in der entsprechenden Magazinsendung wiederum in einseitiger Form dargestellt wurde. Die Meinungslage in Deutschland war damals aus dem Gleichgewicht. Da wurden Dinge am Samstag durch Vorab-Exemplare des »Spiegel«, am Montag flächendeckend über dpa in die deutsche Zeitungslandschaft gebracht, am Mittwoch/Donnerstag durch den »Stern« verstärkt und Freitag/Samstag spielte dann noch meistens »Die Frankfurter Rundschau« oder die »Süddeutsche Zeitung« ihre eigene Rolle dabei. Das war die Medienlage. Frau Noelle-Neumann hat alle Untersuchungen darüber gemacht. Wir hatten von zehn Leuten, die bei der Schaltkonferenz der ARD waren, neun auf der einen und einen auf der anderen Seite. Und wenn wir die Stellvertretenden Chefredakteure hinzunehmen, dann waren es immer noch sieben zu vier. Und so ging das Woche für Woche, sodass wir die Frage stellen mussten, wie Ausgewogenheit zustande kommen soll in den öffentlich-rechtlichen Anstalten, wenn solche Konstellationen blieben und nicht durch ein zweites System privater Anbieter ergänzt werden konnten.

Da war noch ein Problem. Ich weiß nicht, ob Bernhard Vogel sich daran erinnert: Es gab sogenannte »Schutzzeiten« zwischen ARD und ZDF, eine für mich geradezu unvorstellbare Einrichtung. ARD und ZDF vereinbarten miteinander, bei welchen politischen Sendungen der andere keine Unterhaltungssendung dagegen setzte, damit die deutsche Bevölkerung auch brav gezwungen würde, die politischen Sendungen über sich ergehen zu lassen. Dahinter steckte eine Vorstellung, die wirklich nicht unserer Idee von freiheitlicher Medienvielfalt entsprach, sondern eher eine selbst ernannte, volksbelehrende Pädagogik war, die dann auch abgeschafft wurde. Die sogenannten »Schutzzeitenvereinbarungen« zwischen ARD und ZDF, gehörten nun wirklich nicht mehr in unsere Zeit.

Dann kam als zweiter Punkt die Beseitigung der Monopole. Man hat mir zunächst vorgeworfen, ich würde nur beim Fernsehen das öffentlich-rechtliche Monopol beseitigen wollen. Nein, ich habe es auch bei der Bundespost getan, wir haben bei der Bundespost die drei Unternehmen geschaffen. Ich will das hier nicht im Einzelnen darstellen. Wir haben als erstes die Trennung zwischen hoheitlichen Aufgaben und betrieblich-unternehmerischen Aufgaben eingeführt und damit die Weichen gestellt für die Privatisierung. Wir haben eine Regulierungsbehörde geschaffen, so wie in den USA die FCC (Federal Communications Commission) oder in England, das Oftel (Office of Telecommunication), die die Regulierung zwischen den früheren Monopolen und den Wettbewerbern ausübt. Denn bei ehemaligen Monopolen mit Marktanteilen von über 50, 60, ja bis 90 Prozent in den verschiedenen Marktsegmenten, brauchen wir eine entsprechende »asymmetrische« Regulierung, sonst können sich die zarten Pflanzen des Wettbewerbs gegen die überstarken großen Unternehmen, die ihre Infrastruktur noch aus monopolistischer Zeit besitzen, nicht durchsetzen. Wir haben die Endgeräte aus dem Monopol in den Wettbewerb

geführt und haben eine Fülle von Dienstleistungen in Gang gesetzt. Die CEBIT ist ein Ausdruck dafür. Wir haben die CEBIT damals zusammen mit der Messeleitung Hannover und der Landesregierung in Niedersachsen ins Werk gesetzt. Heute ist sie die größte Ausstellung der Welt auf diesem Gebiet. Die Produktivität unserer Volkswirtschaft wäre ohne diesen An Schub, der in der IuK-Technik entstanden ist, kaum denkbar.

Es war ein schwerer Kampf, ich habe das bereits gesagt. Aber dieser Kampf war erfreulich und ist zu einem guten Ende gekommen. Dennoch stellt man sich die Frage, ob es denn immer so schwierig sein muss, wenn man in Deutschland Reformen einführen will, und es ist ja auch mehr als einmal vorgekommen, dass aufgrund dieser Schwierigkeiten Reformen auf der Strecke geblieben sind: Sei es, dass man auf zu harte Widerstände gestoßen ist oder die Reform nicht genügend vorbereitet hat oder aber, dass einen selbst bei dem Auftauchen der Widerstände der Mut verlassen hat. Offensichtlich ist hier eine generelle Schwierigkeit.

Und so darf ich zum Schluss Machiavelli zitieren, der im Jahre 1530 in »Il Principe« schrieb: *»Man muss sich ... vor Augen halten, dass nichts von der Vorbereitung her schwieriger, vom Erfolg her eher zweifelhaft und von der Durchführung her gefährlicher ist, als der Wille sich zum Neuerer aufzuschwingen. Denn wer dies tut, hat die Nutznießer des alten Zustands zu Feinden, während er in den möglichen Nutznießern des neuen Zustands nur laxen Verteidiger findet – eine Laxheit, die teils aus der Furcht vor den Gegnern herrührt, die ja das Gesetz auf ihrer Seite haben, und teils aus dem Misstrauen der Menschen stammt, die in Wirklichkeit an eine Neuerung erst glauben, wenn sie diese mit eigenen Augen gesehen haben.«*